

Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, DIE GRÜNEN, BGI, ÖDP

Fraktion der SPD, Fraktion DIE GRÜNEN, Fraktion der BGI, Fraktion der ÖDP

Stadt Ingolstadt
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel
Rathaus

85049 Ingolstadt

Ingolstadt, 30.06.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat wurde bei seiner Sitzung am 22. Juni davon überrascht, dass die Stadt ihre Steuerzahlungen um mehr als eine Million Euro zugunsten des Finanzamtes korrigieren musste. Bereits während der Sitzung wurde einerseits bemängelt, dass in der Vergangenheit nicht einmal auf Fragen aus den Reihen des Stadtrates zu möglichen Vorkommnissen geantwortet wurde, andererseits gefordert, dass der Stadtrat bzw. die zuständigen Ausschüsse künftig besser informiert werden.

In diesem Zusammenhang beantragen wir das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanz- und Personalausschusses zu setzen und dabei **umfassend** zu informieren. Insbesondere geht es um Antworten auf folgende Fragen:

1. Für welche Jahre mussten die Steuererklärungen der Stadt bzw. ihrer Töchter korrigiert werden?
2. Bei welchen städtischen Unternehmen wurden falsche Steuererklärungen abgegeben?
3. Woraus bestanden die Korrekturen im Detail?
4. Wurden lediglich Korrekturen bei der Umsatzsteuer notwendig oder auch in anderen Bereichen?
5. Wie kamen die Fehler bei den Angaben zur Umsatzsteuer zustande? Wurden, z.B. beim Verkauf von Waren, dem Kunden berechnete Umsatzsteuer nicht abgeführt oder wurde es versäumt, den Kunden Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen?
6. Wie hoch ist die Zinsbelastung, die sich aus der verspäteten Zahlung der Steuerschuld ergibt?

7. Wo und wie wurden diese korrigierten Summen sowie die Steuernachzahlungen bzw. -berechnungen im Haushalt oder in den Haushaltsrechnungen dargestellt?
8. Wie hoch ist der Schaden einzuschätzen, der sich daraus ergibt, dass der säumigen Steuerzahlern berechnete Zins wesentlich höher ist als der marktübliche Zins für Darlehen?
9. Auf welche Weise wird sichergestellt, dass künftig keine falschen Steuererklärungen mehr abgegeben werden?
10. Wie ist es zu erklären, dass der Oberbürgermeister im Stadtrat darlegte, er habe rein vorsorglich eine Selbstanzeige gemacht, während der Steuerberater Herr Kastl feststellte, es habe keine Selbstanzeige gegeben?
11. Aus welchem Grund wurde der Stadtrat nicht über den Vorgang informiert?
12. Wie genau stellen sich die in der Stadtratssitzung am 22.Juni formulierten „Schutzbedürfnisse der Mitarbeiter“ dar, auf welche Rechtsgrundlage hat man sich dabei bezogen?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Achim Werner
Fraktionsvorsitzender der SPD

gez.

Petra Kleine
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez.

Christian Lange
Fraktionsvorsitzender der BGI

gez.

Franz Hofmaier
Fraktionsvorsitzender der ÖDP